

A U F R U F

Abrüsten statt Aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem

Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

**Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben –
Abrüsten ist das Gebot der Stunde!**

Wir beteiligen uns an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Unterschriftslisten, Materialien und weitere Infos gibt es hier:

www.abruesten.jetzt

oder bei

**Gerd Schulmeyer,
Mörfelden-Walldorf,
Wolfsgartenstraße 2.**

Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der

Die Fraktion der DKP/LL beantragte: „Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf zum Ostermarsch 2018 in Frankfurt und ruft die Einwohner von Mörfelden-Walldorf auf, sich in diesem Jahr aktiv an den traditionellen Veranstaltungen der Friedensbewegung zu beteiligen.“

Die Fraktion erinnerte an Kurt Oeser, der die Ostermärsche förderte. Die Stadtverordnete Gelincik Tuzcu brachte den Antrag in die Debatte ein.

In ihrer Rede erinnerte sie u.a. an deutsche Rüstungsexporte: „Der Wert der Einzelausfuhr genehmigungen belief sich auf 6,85 Mrd. Dies ist der zweithöchste jemals gemessene Genehmigungswert (2015: 7,86 Mrd.). Rund 54% der Einzelausfuhr genehmigungen entfielen auf Drittländer. Somit wurde im fünften Jahr in Folge der größere Teil der deutschen Rüstungsausfuhren in Länder außerhalb der EU oder NATO getätigt.“

Unter den TOP 10-Rüstungsbeziehern befinden sich drei Länder, die am Krieg in Jemen beteiligt sind: Saudi-Arabien (529 Mio.), Vereinigte Arabische Emirate (169 Mio.) und Ägypten (400 Mio.). Die Bundesregierung genehmigte noch Anfang 2017 den Export von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien und verwies darauf, dass die Schiffe nur zu Sicherung der saudi-arabischen Küste und nicht zu offensiven Zwecken eingesetzt würden. Doch genau diese Marinen blockieren seit 2015 den Hafen des Jemen und tragen somit die Hauptverantwortung für die katastrophale Versorgungslage und die zahlreichen Toten. Dazu kommen noch die Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen (47 Mio.) und Kleinwaffenmunition (17 Mio., vgl. 2015: 4 Mio., vervierfacht!).“



Leute, heraus ans Licht!

Ein Unbehagen erfasst die Leute. Die Welt ist unübersichtlich geworden. Die Tagesschau bringt Unsicherheit ins Haus und bringt auch gleich die Lösung: Weiter so, wie bisher, man weiß nicht, was kommt. Großmäuler bieten Sündenböcke an. Die Bildzeitung deutet seit Jahren auf die „faulen, andersartigen Ausländer“, die „unsere Sozialsysteme“ ausnutzen. Sie verbreitet Nationalgefühl, gerade auch zur WM.

Was sind das für Zeiten? Dabei ist's gar nicht so schwer zu begreifen, eigentlich ein alter Hut: es herrscht Klassenkampf. Wenn die Unteren immer mehr berappen sollen bei sinkenden Löhnen und Einkommen, haben die Oberen immer mehr und höhere Einkommen. Stimmt's nicht?

Also, heraus zum

1. Mai 2018
10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden



MITWIRKENDE

Ingrid Reidt, Betriebsseelsorgerin

Petra Schmidt, Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau
Die Flüchtlingshilfe berichtet
Grußwort des Bürgermeisters Heinz-Peter Becker

Marlene Schwarz alias Hertha Wacker, Kabarett
Absinto Orkestra zwischen Balkan-Beat und Gipsy-Swing

ANZEIGE

Aufrüstung bedeutet Sozialabbau

Die neue Bundesregierung will dem NATO-Diktat, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, folgen. Zwei Prozent, das bedeutet nahezu die Verdopplung der Rüstungsausgaben auf 56 Milliarden Euro jährlich.

Das sind Milliarden für Kriege, die uns genommen werden für den Bau von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, die uns fehlen für die Einstellung von LehrerInnen, ErzieherInnen und Beschäftigten in den Kliniken.

Die Erhöhung der Militärausgaben bedeutet nicht nur mehr Sozialabbau, sondern auch größere Kriegsgefahr. Die Aufrüstungsdoktrin der US-dominierten NATO dient der militärischen

Durchsetzung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der imperialistischen Mächte. Strategisches Ziel ist die Einkreisung Russlands und der VR China und den Versuch, diese Staaten „totzurüsten“.

Die aggressive Politik gegen Russland und China und die atomare Aufrüstung bergen die Gefahr eines großen Krieges.

Die Bundeswehr übernimmt dabei immer mehr Führungsaufgaben sowohl in der NATO, unter anderem als Speerspitze in Osteuropa an Russlands Grenzen, als auch in dem neuen europäischen Militärbündnis PESCO (*Permanent Structured Cooperation*).

Wir sagen:
Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen!
Deutschland raus aus der NATO!
Abrüsten jetzt!

Noch Fragen?

Die Internationale Organisation „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) umfasst heute 7.392 Städte in 162 Ländern, davon 550 in Deutschland, u.a. Aachen, Frankfurt und Hannover.

Mit Beschluss des Magistrats vom 18.2.2013 ist die Stadt Mörfelden-Walldorf, vertreten durch Bürgermeister Heinz-Peter Becker, der Organisation beigetreten.

In ihrem Aktionsprogramm „2020 Vision“ fordert „Mayors for Peace“, die Aufnahme von Verhandlungen zur Abschaffung von Nuklearwaffen bis zum Jahr 2020 zu unterstützen.

Wörtlich heißt es darin:

„Um das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für unser gemeinsames Anliegen, die Abschaffung der Atomwaffen, zu stärken, ruft Mayors for Peace seine Mitglieder auf, eigene Aktionen durchzuführen oder sich an NGO Veranstaltungen zu beteiligen. Dies könnte z. B. die Teilnahme an Ostermärschen sein, die von den lokalen Friedensorganisationen angeboten werden.“

Die Stadtoberen von Mörfelden-Walldorf stehen dem offenbar wohlwollend gegenüber:

„Immer mehr Städte beteiligen sich am Flaggentag der Bürgermeister für den Frieden. Sie sind zunehmend besorgt über den Stillstand der Abrüstungsbemühungen.“

(Bgm. H.-P. Becker 7. Juli 2017 im ECHO)

„Meinen Pazifismus lasse ich mir von niemandem nehmen!“

Erster Stadtrat Burkhard Ziegler in einem Sondierungsgespräch mit der DKP/LL am 5. April 2016).

Aber: Reden ist eine Sache – Taten sind eine andere.

Der Antrag der DKP/LL, die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf möge zur Teilnahme am Ostermarsch 2018 aufrufen, wurde - wie üblich - mit den Stimmen der Koalition und der CDU abgeschmettert.

*„Wos gebb isch uff moi bleed
Geschwätz vun gestern.“ (Volksmund)*

Jetzt haben wir sie wieder: Die „Große Koalition.“

Bei der SPD gab es viele Diskussionen.
„Und sie sägten an den Ästen, auf denen
sie saßen und schrien sich zu
ihre Erfahrungen, wie man besser sägen könne.
Und fuhren mit Krachen in die Tiefe,
und die ihnen zusahen beim Sägen,
schüttelten die Köpfe und sägten kräftig weiter.“

BERTOLT BRECHT



Voneinem „Fest der innerparteilichen Demokratie“ sprach Sigmar Gabriel, als das Ergebnis des SPD-Mitgliederentscheids über die Neuauflage der großen Koalition im Bund bekanntgegeben wurde. 378.437 Mitglieder gaben ihre Stimme ab, 123.329 waren gegen die neue „Groko“, 14.943 Stimmen waren ungültig. Es gab 239.604 Ja-Stimmen (knapp 52% Prozent aller teilnahmeberechtigten SPD-Mitglieder). Wie hoch die Gegenstimmen aus unserer Stadt waren, wissen wir nicht. Danach gab es noch ein wenig Gerangel um die Posten und tausendmal wurde wiederholt: „Es geht doch um unser Land!“ Aber jetzt bedient man sich auch: Die GroKo schafft erstmal 209 neue Stellen im Kanzleramt und in den Bundesministerien. Kosten: ca. 20 Mio. Euro plus Amtsausstattung plus spätere Pensionslasten. Da fällt uns doch noch Goethe ein: „Am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles. Ach wir Armen!“

Ausgerechnet Seehofer formulierte dann: Wir haben jetzt „eine Große Koalition für die kleinen Leute“. Die werden sich bald wundern. Wir sagen deshalb mal lieber: „Der Große-Koali-

tions-Deal“ ist abgeschlossen - Merkel ist gewählt - aber es wird sich „oben“ wenig ändern, wenn sich „unten“ kein Druck entwickelt.

Beifall zum „Groko-Deal“ kam von Kapitalvertretern. Der Bundesverband der Deutschen Industrie u.a. drängen nun zu entschlossenem und raschem Handeln. Man legte auch schon nach und forderte von der neuen Regierung „spürbare Steuerentlastungen für Unternehmen“.

So, wie die Zusammensetzung der „Groko“ ist, werden wir viele faule Kompromisse statt Politik für die Mehrheit der Bevölkerung erleben. An den grundlegenden Problemen der kleinen Leute ändert die Große Koalition nichts. Weiterhin werden wir unsichere Arbeitsplätze, Niedriglohnjobs und Angst vor Altersarmut erleben.

Der Koalitionsvertrag stellt die Weichen auf „Weiter so“. Wachsende soziale Ungleichheit, Ausbreitung von Alters- und Kinderarmut, Verschärfung des Wohnungs- und Pflegenotstands werden die Folge sein. Unsichere Beschäftigung und Niedriglöhne werden weiter das Leben von Millionen Menschen prägen, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geht ungebremst weiter. Dieser Vertrag wird die soziale Spaltung zwischen Armen und Reichen in West und Ost weiter vertiefen.

Höhere Steuern für Superreiche und Konzerne wird es nicht geben, die Rüstungsausgaben werden erhöht. Damit fehlt das Geld, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Versorgung von Kranken und Hilfsbedürftigen zu verbessern, um die öffentliche Verwaltung sowie das Bildungs- und

Verkehrswesen auf Vordermann zu bringen. Eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen gibt es ebenso wenig. Die halbherzigen Reformen bei der Rente, der Pflege und im Gesundheitswesen reichen nicht, um massenhafte Altersarmut und eine Verschärfung des Pflegenotstands zu verhindern.

Die Politik der sozialen Spaltung wird auch auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt: Es geht weiter so mit unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, mit Leiharbeit und einem erpresserischen Hartz IV-Regime.

Die schwarz-rote Koalition hat sich auffaule Kompromisse geeinigt. Statt „das Haus“ von Grund auf zu sanieren, bekommt die Fassade lediglich einen neuen Anstrich. Es ist begrüßenswert, dass Schwarz-Rot die Kinderrechte endlich in der Verfassung verankern will. Das jedoch läuft ins Leere, wenn die materielle Situation von Familien nicht verbessert und die millionenfache Kinderarmut weiterhin nicht bekämpft wird.

Eine Wende hin zu einer friedlichen Außenpolitik ist nicht erkennbar. Weder wurde ein Rüstungsexportstopp vereinbart, noch gibt es Ausstiegsszenarien für Kampfeinsätze der Bundeswehr. Die gemeinsam bei der NATO vereinbarten massiven Steigerungen des Rüstungshaushalts werden beibehalten. Na dann!

Zuschrift

Das „Grokodeal“ ist freigelassen und wird nun um sich beißen. Gedankenlose „Ja-Sager“ haben die Käfigtür hochgezogen und eine große Gefahr heraufbeschworen. Vor allem jene, die aus Armutsgründen verharzt herumlaufen, oder diejenigen, die sich wegen ihrer Gebrechen mühevoll über die „un gepflegten“ und „finanzlochreichen“ Wege quälen, müssen befürchten, dass sie zuerst vom „Grogodeal“ angegriffen werden. Das ist nun mal Gesetz im Tierreich: Die Schwächsten sind die leichtesten Opfer.

Manfred Wild, 4.3.2018

Danke

Wir bedanken uns
für Hinweise und Ideen
und für die großen und kleinen
Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19



Armut in Deutschland auf neuem Höchststand

Die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent angestiegen, so der Befund des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Nach Aussagen des Verbandes markiert dieser Höchstwert einen mehrjährigen Trend wachsender Armut. Er fordert die Politik zu einem entschlossenen Handeln in der Arbeitsmarktpolitik, beim Wohnungsbau, in der Bildung und dem Ausbau sozialer Dienstleistungen und Angebote in den Kommunen auf. Voraussetzung für eine offensive Armutsbekämpfung sei ein rigoroser Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik.

Bei allen bekannten Risikogruppen habe die Armut im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: Bei Erwerbslosen auf 59 Prozent, bei Alleinerziehenden auf 44 Prozent, bei kinderreichen Familien auf 25 Prozent, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32 Prozent und bei Ausländern auf 34 Prozent. Alarmierend sei im Zehnjahres-Vergleich insbesondere die Armutsentwicklung bei Rentnerinnen und Rentnern. Ihre Armutsquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent, ein völliger „Ausreißer in der Armutsstatistik“. Durchgreifende Reformen in der Alterssicherung seien daher unausweichlich, um Altersarmut vorzubeugen.

Gemeinsam fordern die Organisationen von der Politik entschlossenes Handeln und eine Sozialpolitik, die alle Menschen mitnimmt.

Es sei Zeit für einen sozial- und steuerepolitischen Kurswechsel, um Armut zu bekämpfen und eine Verringerung sozialer Ungleichheit zu erreichen.

Der Sozialpsychiatrische Verein belegt neben den Räumen in der Langgasse jetzt auch einen ehemaligen Laden im benachbarten Steinweg 2. Dort erfolgt nun die Lebensmittelausgabe an Bedürftige. Montags und dienstags wurden in der Langgasse bis zu 100 Nutzer mit Spenden versorgt. Das Gedränge war immer groß. In den Steinweg ist jetzt lediglich die Lebensmittelausgabe umgezogen. Die Kleiderkammer befindet sich nach wie vor in der Langgasse 44. Die DKP/Linke Liste überbrachte rote Äpfel und wünschte der notwendigen Einrichtung alles Gute.

Kaltherzig, überheblich, arrogant, abgehoben und dumm



Die französische Königin Marie Antoinette soll auf die Vorhaltung, die Armen könnten sich nicht einmal mehr Brot leisten, geantwortet haben: „Dann sollen sie eben Kuchen essen!“



Jens Spahn: „Hartz IV bedeutet nicht Armut. ... Niemand muss in Deutschland hungern, wenn es die Tafeln nicht gäbe. ... Mit Hartz IV hat jeder das, was er zum Leben braucht.“

„Es ist die besondere politische Situation, in der sich die schäbigsten Gestalten in den Vordergrund drängen, nur sie bringen die erforderliche Charakterlosigkeit mit, die Interessen der Bourgeoisie erfolgreich zu vertreten. Nicht, dass diese Herrschaften Marionetten der bürgerlichen Welt wären, im Gegenteil, sie sind von einer Reihe eigennütziger Interessen getrieben. Gerade diese prädestinieren sie für solch politisches Geschäft.“

Karl Marx, MEW, S. 576

Die Obrigkeit kämpft gegen Transparente am Wasserturm

Banner am Wasserturm? Nichts Neues. Schon anno 1932 hatte die Gemeindeaufsicht ihre Probleme damit.

Am 27. Oktober 1932 schrieb das Hessische Kreisamt Groß-Gerau:

„Schon bei allen Wahlen mussten wir die Beobachtung machen, dass der Turm mit Vorliebe zur Anbringung unerlaubter politischer Wahrzeichen extremer Parteien (...) benutzt worden ist.“ Gemeint war die in Mörfelden sehr starke KPD. Dem „Übelstand“ war auch durch „alle polizeilichen Vorsichtsmaßnahmen“ und die „Anbringung besonderer Sicherheitsschlösser“ nicht abzuhelfen. Schon immer wurden politische Generals „Brunnenvergifter“ verleumdet. „Hexen“ und Juden im Mittelalter, „Islamisten“ heute. Damals waren die örtlichen Kommunisten dran. Das Kreisamt schrieb:

„... besteht aber auch ständig die Gefahr, dass ein Anschlag auf den Wasserbehälter selbst unternommen werden kann, wodurch die ganze Einwohnerschaft in Mitleidenschaft gezogen werden würde.“

Aber das Kreisamt (heute Landratsamt) wusste ein Gegenmittel:

„Die Gemeindeverwaltung trägt sich daher neuerdings mit dem Plan, auf dem Wasserturm eine Fernalarmanlage einzurichten, die jeden Austritt auf die Plattform durch ein Klingelzeichen auf dem Polizeizimmer der Bürgermeisterei anzeigt.“

Es gab nur einen Haken:

„Die politischen Verhältnisse in der Gemeinde Mörfelden machen es aber erforderlich, dass die geplante Anlage (...) unter strengster Diskretion gemacht werde. Es ist daher, wenn nicht der Zweck der Anlage von vorneherein verfehlt sein soll, nicht denkbar, die Anlage durch einen hiesigen oder auch nur ortsfremden Geschäftsmann ausführen zu lassen.“

Also wurde unter dem Siegel der Verschwiegenheit die Anlage von der Reichspost installiert, der man noch aufgegeben hatte, sie unbedingt vor den (letzten freien) Reichstagswahlen am 6. November 1932 fertig zu stellen. Wir wissen nicht, ob sie je ihren Zweckerfüllt hat, denn die Reichspost schaffte es erst nach der Wahl, am 26. November 1932, die Leitung zu verlegen.

Und am 20. März 1935 schrieb der neue Nazi-Bürgermeister Geiß mit kaum verhohlenen Triumph an die Post:

„Da sich die Zeiten auch in Mörfelden geändert haben, und die Leitung nicht mehr notwendig ist, bitten wir, dieselbe bald zu entfernen.“

Klar: Nach Hitlers „Machtergreifung“ gab es keine freien Wahlen mehr. Jetzt war der Wasserturm bannerfrei, und die meisten Mörfelder Kommunisten saßen in einem der ersten Konzentrationslager: Osthofen. Das „Fernalarmsystem“ wurde nicht mehr benötigt – jetzt gab es ja die Gestapo. Die Rechnung der Reichspost über 165,59 Reichsmark wurde übrigens nie bezahlt.

Begründung: Die „äußerst gespannte Finanzlage der Gemeinde, die ihrerseits wiederum durch die unverhältnismäßig hohen Soziallasten bedungen ist.“

Auch das kommt einem irgendwie bekannt vor.



Die Arbeiterklasse wird kleiner. So der Göttinger Sozialwissenschaftler Jörg Miehe, der Gast der „Linken Runde“ war. Der Gesprächsabend im Bürgerhaus war eine Gemeinschaftsveranstaltung von DKP und dem Ortsverband der Linken. Um die Frage nach der Quantität der Arbeiter zu beantworten, untersuchte der Sozialwissenschaftler rund 80 Wirtschaftsbereiche und versuchte nachzuvollziehen, in welchen Verhältnissen die Menschen ihrer Arbeit nachgehen. Ergebnisse sind in seinem Buch „Vom Schwinden der Arbeiterklasse“ zusammengefasst.



Wir sind an jedem Frauentag in unserer Stadt unterwegs. Auch an diesem 8. März verteilten wir Nelken und wiesen darauf hin, dass für die Gleichberechtigung - für gute Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen - noch viel getan werden muss.

Zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Frauen verdienen in Deutschland immer noch ca. 22% weniger als Männer. Frauen erhalten ca. 59% weniger Rente als Männer. Alleinerziehende Frauen sind 10 mal häufiger arbeitslos als alleinerziehende Männer.

Der Kampf gegen die Straßenbeiträge geht weiter

Die DKP/LL beantragte im Stadtparlament, von der Landesregierung die Abschaffung der Straßenbeiträge zu fordern. „Die Beiträge müssen abgeschafft werden, sie belasten die Bürger“, sagte Gerd Schulmeyer. Der Fraktionsvorsitzende lobte das hessenweite Engagement von Initiativen zur Abschaffung der Beiträge.

Dietmar Treber zum Thema: „Wir wollen, dass die Straßenbeiträge ersatzlos aus dem Kommunalen Abgabegesetz gestrichen werden.“

Als im Dezember hier im Hause über die Straßenbeiträge diskutiert wurde, haben alle Fraktionen, die diese Gebühren beschlossen haben, betont, dass sie eigentlich gegen diese Gebühren sind, sich aber dem Druck des Regierungspräsidiums beugen müssen. Heute haben Sie also die Möglichkeit, ihren Worten Taten folgen zu lassen und ein deutliches Signal an die Landesregierung und die Fraktionen im Landtag zu senden und die ersatzlose Streichen der Straßengebühren zu fordern.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Auch in unserer Stadt ist Glyphosat im Einsatz

Die Fraktion der DKP/LL forderte „keinen Einsatz von Glyphosat“.

„Wir haben schon entsprechende Regelungen“, sagte hierzu Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD).

Die Realität aber sieht anders aus.

Bekannt ist, dass die Bahn AG auf ihren Gleiskörpern und dem Bahngelände Glyphosat zum Einsatz bringt. Da macht die Bahn AG auch in unserer Stadt keine Ausnahme.

Im Oktober letzten Jahres hat Hessenforst Groß-Gerau im Bereich der Gundwiesen und des Gundbaches im Stadtteil Walldorf großflächig Glyphosat angewendet.

Die Felder hinter dem Zillering, in unmittelbarer Nähe der Kita X Grünwaldweg, wurden in den letzten

Jahren intensiv durch einen Landwirt mit Glyphosat „behandelt“.

Dietmar Treber (DKP/LL) zeigte ein Foto: Braun und verbrannt sieht man die Vegetation. Zu sehen ist auch ein Spielgerät in unmittelbarer Nachbarschaft dieses mit Glyphosat behandelten Feldes.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. (Er kam halt wie der erste von der „falschen“ Fraktion.)

LESERBRIEFE

Flachdächer

Die drei Häuser auf dem Festplatz Mörfelden sind im Rohbau fertig. Verwundert bin ich über die Flachdächer. Hat man noch nicht genügend Erfahrung gesammelt, dass diese in unseren Breiten problematisch sind? Millionenbeträge wurden für die Sanierung der Flachdächer in der Vergangenheit ausgegeben (Sporthallen, Stadthalle...). Zudem hört man immer wieder von fehlendem Baugrund. Hier wäre die Möglichkeit a) durch ein Dachgeschoss die Anzahl der Wohnungen zu vergrößern und b) eine nachhaltige Dachform, die auch bessere Möglichkeiten zur Solarnutzung böte, zu verwirklichen.

Gefährdet

Radfahrer sind gefährdet, wenn sie den Radweg unter der Startbahn 18 West benutzen. Die Beleuchtung ist sehr schlecht und die Markierung auf dem Rad-/Fußweg ist meist so verdeckt, dass man sie nicht sehen kann. Zumal wird der Radler irritiert, weil auf der Autospur eine zweite Markierung aufgebracht ist (eine auf der Autospur und eine auf dem Radweg, letztere ist kaum zu sehen). Zwar gehört die Straße nicht zum unmittelbaren Einzugsgebiet der Stadt Mörfelden-Walldorf, doch sollte sich unsere Stadtverwaltung um dieses Problem kümmern. Bei den Neubauten zur Landebahn Nord ist das vorbildlich gelöst: der Radweg ist breiter, zur Autofahrspur gibt es ein Geländer und die Beleuchtung ist gut. R.Dötsch



Mikis Theodorakis

Der Rhythmus der Freiheit

Europa hatte keinen Che Guevara, aber es hatte z.B. einen Mikis Theodorakis, der später schreiben sollte: „Ich gehöre einer Generation an, die sich einem extremen Idealismus verschrieben hatte. Mein ganzes Leben war ein endloser Kampf zwischen dem Idealischen und Wirklichen, dem Alltäglichen und der Vision.“ Mikis Theodorakis Werk ist einzigartig. Mit kraftvollen Liederzyklen und der Vertonung großer Literatur hat der Grieche als musikalischer Botschafter seiner Heimat weltweit Bewunderer gefunden.

Die Biografie entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Künstler und unter Befragung wichtiger Freunde und Wegbegleiter. Mikis Theodorakis hat mit seiner besonderen Gabe, mit dem, was sein musikalisches Genie schuf, nicht nur dem Volk der Griechen, sondern der ganzen Welt ein großartiges und großzügiges Geschenk gemacht. Theodorakis ist viel mehr als „nur“ ein Musiker und Komponist. Er ist Grieche und trägt daher eine schwere kulturelle Last. Lange Zeit war er ein Politiker in seinem Land. Er ist wohl der Einzige auf Erden, dessen politische Macht etwas mit Musik zu tun hatte. Einzigartig ist sein musikalisches Werk aber deswegen, weil es in seiner Heimat eine soziale „Revolution“ auslöste, einen Aufstand, der zu Beginn die Befreiung und am Ende die Einheit zum Ziel hatte - in einem Land, dessen ganz besonderes Merkmal seine historische und ewige innere Zerrissenheit war. Sein Kampf für die Freiheit hat ihm viel Sympathie, aber auch Anfeindungen gebracht. Er war die Stimme der Griechen in den vielen Kämpfen, besonders in der Zeit der Militärdiktatur.

Man erfährt in diesem Buch von der griechischen Tragödie. Die wechselvolle Geschichte von der „Urzeit“ als Wiege der Demokratie und Kultur, der inneren Zerrissenheit und dem siegreichen Kampf um eine geeinte Nation. Die Freiheit zu erringen und zu verteidigen ist das Ziel des Kampfes, dem sich der Musiker, Sänger, Komponist und Schöpfer von Friedenshymnen gewidmet hat.

Verlag Neues Leben, 10,75 Euro

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Zu einer Demonstration hatte das Aktionsbündnis Langener Bannwald eingeladen. Der Protest wendete sich gegen die geplante Vernichtung des Waldes entlang der B44 für die Ausweitung des Kiesabbaus. Auf Plakaten war zu lesen: „Fraport sägt für Billigflieger - Sehring sägt für Kies“.

Zahlen, die man sich merken sollte

Seit September 2002 wurden in Hessen insgesamt 413 ha Bannwald und 212 ha Schutzwald gerodet.

Mit der neuen Erweiterung des Frankfurter Flughafens (A 380-Werft, Landebahn Nordwest, Ausbau Süd und Terminal 3) sind in den Jahren 2009/2010 wieder 300 ha Bannwald in der Region gefällt worden.

Im Jahr 2013 wurden bei der Hessischen Landesregierung rund 106,9 ha Bannwald für die Inanspruchnahme von Projekten aus überwiegend öffentlichem Interesse beantragt, dazu gehören Bannwaldflächen bei Langen und Kelsterbach zur Erweiterung von Kiesabbauprojekten. Andere Flächen betreffen den Neubau der ICE-Strecke Frankfurt – Mannheim, den S-Bahn-Anschluss Gateway Gardens am Frankfurter Flughafen, den Bau der geplanten Regionaltangente West und kleinere Bauvorhaben in Bickenbach, Bad Soden, Erzhausen und Frankfurt am Main.

Im Bereich „Treburer Oberwald“ und beim „Langener Waldsee“ sollen bereits beantragte Bannwaldflächen für den Autobahnanschluss zum Terminal 3 bei Zeppelinheim und die Erweiterung des Kiesabbaus durch die Firma Sehring gerodet werden. Noch können diese Pläne verhindert und gestoppt werden!

Mehr Flugzeuge über der Stadt Mörfelden-Walldorf

Nach Angaben des städtischen Amtes für Umwelt haben im Jahr 2017 die Flugbewegungen auf der Startbahn West gegenüber 2016 zugenommen.

Das ist nachteilig für die Doppelstadt, da sie bezüglich des Fluglärms von dieser Startbahn betroffen ist, was im Besonderen für den Stadtteil Mörfelden gilt.

Hierbei sei jedoch zwischen absoluten und relativen Zahlen sowie Tag- und Nachtflugbewegungen zu unterscheiden. So haben zwischen 2016 und 2017 in absoluten Zahlen die Flugbewegungen allgemein zugenommen.

Dieser Effekt macht sich daher für alle Start- oder Landebahnen des Frankfurter Flughafens bemerkbar, nicht nur die Startbahn West. Prozentual gäbe es tagsüber keine signifikanten Unterschiede bei der Startbahn West, das heißt, der Anstieg entspricht den gewachsenen Flugbewegungen insgesamt.

Für Flugbewegungen in der Nacht lässt sich bei der Startbahn West jedoch nicht nur in absoluten Zahlen ein Anstieg feststellen, sondern auch prozentual.

Neue Rekorde Mehr Krach

In diesem Jahr werden noch viel mehr schwere Düsenmaschinen Krach veranstalten. Wie Fraportchef Schulte bei der Bilanzvorlage des Konzerns bekannt gab, rechnet man für 2018 mit einem Anstieg der Flugbewegungen um satte neun Prozent bzw. 42.798 auf insgesamt 518.335 Starts und Landungen. Einen solch deutlichen prozentualen Anstieg der Flugbewegungen hatte der Frankfurter Airport zuletzt vor 30 Jahren verzeichnet: 1988 war die Zahl der Starts und Landungen um 9,15 Prozent bzw. 24.635 auf 293.948 in die Höhe gegangen. Das Fraport-Management erwartet 2018 zwischen 67 und 68,5 Millionen Fluggäste. Allerdings trägt auch die zunehmende Zahl der Billigflieger und der Ferienflieger dazu bei, dass die Starts und Landungen überproportional zulegen, so Schulte: „Diese Airlines setzen für die kleineren Destinationen, die sie ansteuern, eben kleinere Flugzeugmuster ein“. Nach Angaben des Unternehmens entfallen derzeit rund 3% der Flüge auf Ryanair, Easyjet und Wizz Air. Dieser Wert soll im Laufe des Jahres auf 5% steigen.

Na, wer sagt's denn?

Wir trauern um Käte Raiß. Sie ist am 4. März 2018 im Alter von 87 Jahren gestorben.



Käte Raiß. Immer freundlich - die Menschen zusammenführend. Viele kennen ihr jahrzehntelanges Engagement für den Frieden. Geprägt in den Bombennächten, als das alte Frankfurt verbrannte. Sie hat daraus gelernt.

Ihr Einsatz in der Friedensbewegung war unermüdlich, beim Ostermarsch und für die Friedenspartnerschaft mit Wageningen.

Der Kampf für mehr Lebensqualität im Umfeld des Frankfurter Flughafens hat sie geformt. Tiefe Traurigkeit, als die Startbahn/West betoniert war, aber dieser Kampf ging weiter: Gegen die Cargo-City-Süd, die A 380-Werft, die Landebahn Nordwest und das Terminal 3.

Bei vielen Protestaktionen und den Montagsdemos war Käte beteiligt und hat sich unermüdlich engagiert. Jahrelang hat sie die Arbeit des BUND begleitet und aktiv mitgestaltet.

Man muss sich engagieren, „bevor das Leben unerträglich wird“, sagte sie einmal. Ein Vorbild! Danke Käte!

Stadtgeschichten



Ein Blick in eines der Treibhäuser der Gärtnerei Lippke in Mörfelden am Bahndamm (vor dem Jugendzentrum/heute „JuKuZ“), etwa im Jahre 1980. Auf dem Foto sehen wir inmitten seiner Geranien und Begonien den Gärtnermeister Emil Lippke, links daneben sein Sohn Richard und rechts den Enkel Klaus.



Eröffnet wurde die Gärtnerei von Emil Lippke etwa im Jahre 1925 und sein Sohn Richard führte sie noch bis 1990. Früher hatte die Familie auch einen Laden in Frankfurt, der später, nach dem Kriege, in das Wohnhaus der Familie in Mörfelden in der Westendstraße, gegenüber dem Bürgerhaus, verlegt wurde. In einer Gärtnerei mit mehreren Treibhäusern und großem Außengelände fiel auch eine Menge Arbeit an, die nur mit Hilfe einiger Mörfelder Frauen erledigt werden konnte. Die vielen Blumensorten, aber auch Tomaten, verschiedene Salate und Gemüse mussten gesät, pikiert und gepflanzt werden.

In dieser Zeit gab es in Mörfelden noch eine zweite Gärtnerei mit Treibhäusern. Sie wurde betrieben von den Gebrüdern Markert in der Langener Straße. Viele Mörfelder Familien hatten in diesen Jahren am Haus noch einen Nutzgarten oder sie hatten „im See“, in der Verlängerung der Seegasse, ein „Seestück“, oder ein Pflanzstück am Bornweg. Nicht alles wurde selbst angesät, sondern es wurden im Frühjahr auch Pflänzchen eingekauft. An Blumen waren Stiefmütterchen, Geranien, fleißige Lieschen und andere gefragt. Dieser Bedarf wurde nicht nur von den beiden Gärtnereien Lippke und Markert gedeckt, sondern auch von verschiedenen anderen Geschäften im Ort.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Repair Café - Wegwerfen? Denkste!

Samstag, 7. April 2018 - 15 Uhr bis 19 Uhr - Eintritt frei

Ausstellungseröffnung:

Die letzten Indianer von Sachalin

Fotoausstellung von Philipp Hannappel und Timo Jaworr

Sonntag, 8. April 2018 - 15 Uhr - Eintritt frei

Konzert Simplified.

Samstag, 14. April 2018 - 20 Uhr

Eintritt: € 8,-/€ 6,- (ermäßig) -

Vorverkauf im KuBa

Konzert PopCHORn im KuBa

Samstag, 21. April 2018 - 16 Uhr

Eintritt: € 5,-, Kinder bis 14 Jahre frei

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste

Mittwoch, 25. April 2018 - 19 Uhr - Eintritt frei

Konzert Voice & Guitar Duo

Melanie Endecott & Oliver Kraus

Samstag, 28. April 2018 - 20 Uhr -

Eintritt: € 8,-/€ 6,- (ermäßig) VVK im KuBa

Sonntagscafé immer 15 Uhr bis 18 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Greif emol em
naggische Mann in
die Dasch.